

# L AKTUELL

LINKSDRUCK

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

Oktober 2015

Rede des Fraktionsvorsitzenden

## 25 Jahre Brandenburg – Jubiläum im Zeichen der Integration



25 Jahre Brandenburg - der Rückblick auf das, was seither erreicht wurde, stand ganz im Zeichen dessen, was jetzt zu schaffen ist: Aufnahme und Integration von tausenden von Flüchtlingen. Aber gerade angesichts großer neuer Herausforderungen tut es gut, sich des bisherigen Weges zu vergewissern. Brandenburg hat bewiesen, dass es mit schwierigen Situationen und starken Veränderungen fertig werden, dass es es im guten Sinne damit fertig werden kann - so wird es auch künftig sein. Und: Damit es sich weiter und für immer mehr Menschen gut in Brandenburg leben lässt, muss das Land sich weiter wandeln. Alt- und Neubürger können und werden das gemeinsam tun - und gemeinsam Nutzen daraus ziehen. Rückblickend waren und sind zwei Aspekte von ausschlaggebender Bedeutung. Einerseits die Verfassung, die hier in sehr schweren Zeiten erarbeitet, breit diskutiert und schließlich mit riesiger Mehrheit in

einem Volksentscheid angenommen wurde. Sie bietet eine sehr gute Grundlage dafür, politische Entscheidungen herbeizuführen, die für das Land Brandenburg tatsächlich von Vorteil sind. Das Zweite war der "Brandenburger Weg". Es war nicht die "kleine DDR" - er war ein erfolgreiches Transformationskonzept, das uns in der Absicht zueinander geführt hat, ein modernes, wirtschaftlich erfolgreiches, solidarisches, tolerantes, weltoffenes Land aufzubauen. Jede und jeder sollte in diesem Land eine Perspektive haben, niemand auf der Strecke bleiben. 25 Jahre Brandenburg, das ist eine wirtschaftliche und soziale Erfolgsgeschichte. Wir sind wirtschaftlich und sozial so stabil, wie einige es sich vielleicht vor 20 Jahren nicht hätten vorstellen können. Das heißt aber nicht, dass keine Fehler gemacht worden sind. Zu viele Menschen müssen noch in Armut leben. Die breite

Mitte der Gesellschaft erlebt Wohlstandsgewinne - und kommt doch nicht aus dem sozialen Stress heraus.

Vor uns stehen Herausforderungen, die aus den Erfolgen Brandenburgs entstanden sind, aber auch aus den Defiziten der Entwicklung. Sie erwachsen durch die demografische Entwicklung und aus der modernen Arbeitswelt. Und sie sind einfach da, weil eine neue Generation mit ganz eigenen Zugängen zu gesellschaftlichen Fragen sich anschießt, ihre eigenen und die Geschicke des Landes in die Hand zu nehmen.

Neue Entscheidungen auf diesem Weg sind bereits getroffen und werden noch getroffen. Wir werden z. B. einen Nachtragshaushalt einbringen. Er wird sich auch mit der Migrations- und Asylsituation beschäftigen - aber eben nicht nur. Verbesserungen bei der Bildung brauchen wir mit und ohne die Situation der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Das gilt ebenso für den sozialen Wohnungsbau. Oder für die öffentliche Anbindung von berlinnahen Regionen. Für die Sicherstellung der Daseinsvorsorge im ganzen Land. Was sich aber ändert, ist: Wir sind jetzt gezwungen, Entscheidungen schneller zu treffen. Aber das ist doch gut - für alle.



**Ralf Christoffers**  
Fraktions-  
vorsitzender



## „Viele Freiwillige haben tolle Arbeit geleistet“

### Interview mit der flüchtlingspolitischen Sprecherin Andrea Johlige über die Lage in Brandenburg

*Andrea, wie stellt sich die aktuelle Situation in Brandenburg dar?*

In Brandenburg sind in diesem Jahr etwa 18.000 Flüchtlinge angekommen, insgesamt werden in diesem Jahr bis zu 30.000 Flüchtlinge erwartet, etwa fünfmal so viele wie im Jahr 2014. Land und Kommunen tun ihr Möglichstes um eine gute Unterbringung und Versorgung zu sichern. Das Land arbeitet intensiv an der Erweiterung der Erstaufnahmekapazitäten.. Insgesamt erlebe ich landesweit eine breite Hilfsbereitschaft und ein großes Engagement von Verantwortlichen und Ehrenamtlichen, ohne die vieles nicht mehr funktionieren würde. Das wurde vor einigen Tagen ganz besonders deutlich, als sehr kurzfristig die Notunterkunft in Potsdam eingerichtet worden ist. Hier haben viele Freiwillige viele Tage eine tolle Arbeit geleistet.

*Ist die Situation dramatisch, wie sie der Ministerpräsident geschildert hat?*

Nein so würde ich es nicht bezeichnen. Sicherlich machen hier alle jeden Tag Erfahrungen. Auf einmal sind da ganz viele Menschen, die lange hier bleiben werden. Da sind plötzlich Kinder, die in die Schulen kommen, da sind Familien, die Wohnraum brauchen, da sind Jugendliche, die eine Ausbildung suchen, und da sind Menschen, die arbeiten wollen. Das sind natürlich Herausforderungen deren Bewältigung in der Kürze der Zeit und dieser Zahl eine wirkliche Herausforderung ist.

*Gibt es jetzt nach dem Flüchtlingsgipfel eine ausreichende Beteiligung des Bundes?*

Wir haben schon lange auf eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes gedrängt. Die Vereinbarungen sichern zumindest, dass es eine berechenbare Unterstützung gibt, auch wenn wir sie in der Höhe für nicht ausreichend halten. Es gibt in dem Kompromiss der Ministerpräsidenten mit dem Bund durchaus positive Dinge wie die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration und bei der gesundheitlichen und psychologischen Versorgung der Flüchtlinge. Nicht akzeptabel für uns als LINKE sind alle Maßnahmen, die das Ziel haben, Flüchtlinge in „erwünschte“ und „nicht erwünschte“ einzuteilen und letztere deutlich schlechter zu stellen. Dafür wird es im Bundesrat keine Zustimmung aus Brandenburg geben.

*Was sind die nächsten Vorhaben in Brandenburg?*

Wir werden uns in Brandenburg jetzt darauf konzentrieren, das Landesaufnahmegesetz zu novellieren und damit die Rahmenbedingungen in Brandenburg für Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden zu verbessern. Auf der Agenda stehen außerdem die Einführung der Gesundheitskarte, die Umsetzung der Änderungen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Integration in Bildung und Arbeitsmarkt, der weitere Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten und die Unterstützung des Ehrenamts.



**Andrea Johlige**  
asyl- und  
flüchtlingspolitische  
Sprecherin

## Windenergie – Energiesstrategie wird evaluiert

DIE LINKE nimmt die verfassungsrechtliche Möglichkeit der Volksgesetzgebung in Brandenburg sehr ernst. Ebenso das Anliegen der Volksinitiative für die sogenannte 10H-Abstandsregelung – diese will erreichen, dass der Abstand eines Windrades zum nächsten Wohnhaus das zehnfache seiner Höhe betragen muss. Außerdem will sie Windräder im Wald verbieten.

Wir haben die Argumente der Volksinitiative im öffentlichen parlamentarischen Verfahren abgewogen und SPD, LINKE und Bündnis 90/Grüne sind zu gemeinsamen Schlussfolgerungen gelangt. Grundlage der Energiepolitik des Landes ist die Energiestrategie 2030 einschließlich ihrer Klimaschutzziele. Wir wollen den Prozess der Energiewende fortführen und die Energieversorgung nachhaltig gestalten. Dafür werden zwei Prozent der in Frage kommenden Flächen als sogenannte Windeignungsgebiete benötigt. Die Energiestrategie wird 2016 evaluiert. Dabei wird auch der Flächenbedarf überprüft.

Das Planungsinstrument für die Ermittlung der Windeignungsgebiete liegt in der Zuständigkeit der Regionalen Planungsgemeinschaften. Eine generelle Verankerung der 10H-Regelung in der Bauordnung, so wie von der Volksinitiative gefordert, halten wir deshalb nicht für sinnvoll. Die Regionalen Planungsgemeinschaften ermitteln die Eignungsgebiete unter öffentlicher Beteiligung. Besonderheiten und Interessenkonflikte werden dabei bewertet und abgewogen. Wir wollen, dass künftig auch kleine Gemeinden Mitbestimmungsrechte in diesem Prozess erhalten. Dazu muss das Regionalplanungsgesetz überarbeitet werden.

Windkraftanlagen im Wald werden nicht generell ausgeschlossen, sie sollen aber nur im Wirtschaftswald aufgestellt werden. Hochwertige Waldflächen kamen und kommen auch in Zukunft dafür nicht in Betracht.



**Anita Tack**  
Mitglied im Ausschuss  
für Infrastruktur  
und Landesplanung



## Mittel des Betreuungsgelds für Kita-Qualität nutzen

Auf Druck der CSU hat die Bundesregierung das Betreuungsgeld eingeführt. DIE LINKE hat diese so genannte „Herdprämie“ immer kritisiert – vor allem weil es alte Familienbilder bedient und die Entwicklung des Kindes nicht optimal unterstützt. Aus unserer Sicht kann frühkindliche Bildung am besten in qualitativ guten Kindertageseinrichtungen gewährleistet werden. Hier gibt es andere Kinder und hier gibt es qualifiziertes Personal. Wir haben es daher begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht im Juli 2015 eindeutig die Unvereinbarkeit des Gesetzes zum Betreuungsgeld mit dem Grundgesetz erklärt hat. Das Gericht hat dabei nicht nur festgestellt, dass der Bund das Gesetz gar nicht hätte erlassen dürfen – es hat auch inhaltliche Kritik an dem Betreuungsgeld geäußert. Damit können die schon eingeplanten Mittel des Bundes anderweitig verwendet werden. Diese Gelder werden auch dringend gebraucht, da Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen Bildung in allen Bundesländern nötig sind. Darum sollten die bereits eingeplanten Mittel an die Bundesländer verteilt und für die Verbesserung im Bereich Kita genutzt werden. DIE LINKE hat sich aus dem Grund dafür eingesetzt, dass Brandenburg im Bun-



desrat einen entsprechenden Antrag einbringt, um die Bundesregierung zur Freigabe der Mittel an die Bundesländer aufzufordern. Auch im Landtag haben wir einen Antrag initiiert, der eine solche Forderung äußert. Wir erwarten dabei einerseits, dass die Gelder nach einem bestimmten Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden und dass die Mittel für die Verbesserung der Kita-Qualität genutzt wird. In Brandenburg werden wir die rund 10 Mio. Euro für Maßnahmen zur Leitungsfreistellung, die weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels oder

den Einstieg in die elternbeitragsfrei Kita nutzen – auch wenn die Mittel des Bundes dafür bei weitem nicht ausreichen. Aber wir können damit den Weg, den wir in Brandenburg mit der Verbesserung der Kita-Qualität schon gegangen sind, fortsetzen.



**Gerrit Große**  
Kinderpolitische Sprecherin



## Wege in eine inklusive Gesellschaft

Alle Menschen haben das Recht, selbstbestimmt und frei von Diskriminierungen an unserer Gesellschaft teilzuhaben, egal ob mit oder ohne Handicap. Aber der gesetzliche Anspruch auf umfassende Teilhabe ist oft noch nicht Realität. Mit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention 2009 wurden geltende Menschenrechte für eine Personengruppe konkretisiert. Die Einhaltung und Um-

setzung der in der Konvention verankerten Rechte besitzt im Land Brandenburg politische Priorität. Brandenburg hatte 2011 mit der Verabschiedung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets einen konkreten Fahrplan mit über 200 Projekten und Vorhaben zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. In diesem Jahr haben wir Bilanz gezogen: Wir sind auf dem Weg in die richtige Richtung und wollen diesen Weg konsequent weitergehen. Der Landtag hat jetzt auf Antrag der Koalition eine Fortschreibung des behindertenpolitischen Maßnahmenpakets debattiert. Dabei geht es sowohl um eine stärkere Vernetzung mit anderen Landesprogrammen und Maßnahmenpaketen, es geht aber

auch um barrierefreie Arztpraxen und Apotheken und die stärkere Förderung inklusiver Wohn- und Betreuungsangebote für alte Menschen mit und ohne Behinderung. Es geht um inklusive Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und bessere Übergänge aus Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und um vieles anderes mehr. Bei der Fortschreibung soll auf die schon vorhandenen guten Ansätze aufgebaut und neue innovative Konzepte erprobt werden. Und wir gehen davon aus, dass natürlich dabei auch die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates „Inklusive Bildung“ für die Entwicklung der Inklusion im Land Brandenburg bis 2020 einbezogen werden.



**Diana Bader**  
Sprecherin für Behindertenpolitik

## Bodenpolitik: Erleichterungen für ortsansässige Landwirte

Seit langem wird es diskutiert: Angesichts stark steigender Bodenpreise und dem Einstieg von Fremdinvestoren in den Bodenmarkt wird es für ortsansässige Landwirte immer schwieriger, ihre Produktionsflächen zu sichern. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen unterstützt der Landtag zwei vom Agrarministerium angekündigte Maßnahmen. So soll in Brandenburg die Höfeordnung eingeführt werden. Das verhindert die Zersplitterung des Hofbesitzes an mehrere Erben und sichert damit die Hofnachfolge. Außerdem wird ein Erlass erarbeitet, der

den zuständigen Behörden Anleitungen gibt, wie ortsansässige Landwirte beim Bodenerwerb bevorzugt werden können. Ein Urteil des Bundesgerichtshofes vom Dezember 2014 zeigt, dass dies möglich ist, indem ortsansässige Landwirte bei der Genehmigung von Grundstücksverkäufen und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts für Landwirtschaftsflächen besonders berücksichtigt werden. Dies soll nun in Brandenburg umgesetzt werden. Nach Auffassung der LINKEN müssten ergänzend auf Bundesebene Einschränkungen beim Erwerb von Gesellschaftsanteilen

an Landwirtschaftsunternehmen vorgenommen werden – denn auf diesem Weg kaufen sich heute viele außerlandwirtschaftliche Kapitalgeber in die Betriebe ein. Auch ein eigenes Agrarstrukturverbesserungsgesetz in Brandenburg sollte noch einmal geprüft werden.



**Anke Schwarzenberg**  
Sprecherin für  
Landwirtschaft und  
Ländliche Entwicklung



## Sanierung statt Abriss – und mehr Neubau!

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von mehr sozialem Wohnraum für Flüchtlinge in den Kommunen zu verbessern. Damit trägt die Landesregierung der Forderung der LINKEN „Sanierung statt Abriss und mehr Neubau“ nun Rechnung.

Die Ankündigungen von Sanierungsgeldern für Abrisswohnungen, für mehr sozialen Wohnungsneubau und für ein Darlehensprogramm müssen jetzt schnell in Handlungsrichtlinien gebracht werden, damit die Kommunen und Wohnungsunternehmen zügig und flexibel auf diese neuen Bedingungen reagieren können. Es gilt, auf den geplanten Wohnungsabriss zu verzichten und zügig auf Wohnraumsanierung für ca. 17,5 Mio. Euro umzuschwenken, um den

vielerorts vorhandenen Wohnraumbedarf decken und die Unterbringungszeiten in Zelten und Turnhallen möglichst kurz halten zu können.

Ebenso wichtig ist es, dass für den Wohnungsneubau mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Ein Plus von 30 Mio. Euro aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes wird für die Jahre 2015 und 2016 eine Schubwirkung im sozialen Wohnungsbau bringen, und zu einer spürbaren Entlastung bei der Wohnraumbereitstellung führen.



**Anita Tack**  
Wohnungsbau-  
politische  
Sprecherin

### Dienstagsgespräch:

Neues Denken  
für eine ländliche Zukunft  
Dienstag · 27. Oktober · 18 bis 20 Uhr  
im Landtag Brandenburg · Potsdam  
Alter Markt 1 · Saal 2.050



Die Fraktion bei Facebook:  
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

### KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und  
Freunde informieren können:

**L** nach dem Lesen weiterreichen!

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

#### REDAKTIONSGRUPPE

Jan Langehein (Leitung)  
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 07  
jan.langehein@linksfraktion-brandenburg.de

#### PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy  
FOTOS Landtagsgebäude: © Landtag Brandenburg,  
Notausgang: © .marqs/fotolia.de, Kindergarderobe: ©  
markusspiske/photocase.de, Rollstuhlspazierer: © Susann  
Städter/photocase.de, Balkone: © Osawa/photocase.de

#### LAYOUT, SATZ, GRAFIK

Döring & Waesch, Perleberg

#### AUFLAGE

5.000 Stück

#### DRUCK

Gieselmann Druck und Medienhaus,

Potsdam-Rehbrücke

#### V.I.S.D.P.

Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone  
QR-Code einscannen und  
direkt zur Internetpräsenz  
der Fraktion gelangen

